

Vierter Sächsischer Stahlgipfel am 20. Oktober 2025 in Freital

Positionspapier
„Ohne sächsischen Stahl kein Fortschritt und
kein starkes Europa“

Die Stahlindustrie hat für die Entstehungsgeschichte eines geeinten Europas eine besondere Rolle gespielt. Heute ist sie für die Zukunft einer resilienten und unabhängigen Europäischen Union von zentraler Bedeutung. Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz (SMWA), die Stahlunternehmen BGH Edelstahl Freital GmbH, FERALPI STAHL, Schmiedewerke Gröditz GmbH, Mannesmannröhren-Werk GmbH, Ervin Germany GmbH, die Beschäftigtenvertretungen der Unternehmen, die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen sowie die Wirtschaftsvereinigung Stahl bekräftigen im Rahmen des Vierten Sächsischen Stahlgipfels, dass der Freistaat Sachsen seinen Beitrag für diese Zukunft leisten kann und will. Sie betonen:

Sächsischer Stahl braucht eine verlässliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen

Die derzeitigen Energiekosten belasten die sächsischen Stahlwerke erheblich. Die Teilnehmer des Vierten Sächsischen Stahlgipfels fordern deshalb langfristige Entlastungsmechanismen der EU und des Bundes für energieintensive Unternehmen, die auch tatsächlich greifen. Folgende Maßnahmen sehen sie als notwendig an:

- Verlängerung und faire Ausgestaltung der Strompreiskompensation

Die Europäische Kommission muss die Strompreiskompensation über 2025 hinaus verlängern und an die tatsächlichen Belastungen der Elektrostahlindustrie anpassen. Eine weitere Reduzierung der Kompensationshöhe ist gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Elektrifizierung von Produktionsprozessen im Rahmen der Klimaneutralität nicht zielführend. Zudem muss das Carbon-Leakage-Schutz-Niveau vollständig erhalten bleiben.

- Einführung eines Industriestrompreises und einer langfristigen und dauerhaften Deckelung der Netzentgelte

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Elektrostahlwerke und Walzwerke zu sichern und um eine zentrale Grundlage für die Umstellung auf klimaschonende, zumeist elektrifizierte Verfahren zu wahren, sind unsere Unternehmen auf einen langfristig planbaren und wettbewerbsfähigen Strompreis angewiesen.

Der EU-Beihilferahmen für einen Industriestrompreis ist vorhanden. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesen Rahmen zur Einführung eines solchen Industriestrompreises bestmöglich auszunutzen und zeitnah einen entsprechenden Gesetzentwurf zu erarbeiten. Eine solche Entlastung ist jedoch nur praxistauglich, wenn sie zusätzlich auch für Unternehmen anwendbar wird, die bereits die Strompreiskompensation erhalten.

Den Bundeszuschuss für eine Reduktion der Netzentgelte im Jahr 2026 begrüßen wir ausdrücklich. Wir weisen jedoch darauf hin, dass nur eine dauerhafte Deckelung der Netzentgelte die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Stahlindustrie erhalten kann.

- Ausbau von erneuerbaren Energien und von Speicherkapazitäten

Langfristige Planungssicherheit, vor allem bei den Energiekosten, ist die Grundlage für Investitionen in Transformationstechnologien und für Standortsicherheit.

Neben einer langfristigen und praxistauglichen Begrenzung der Netzentgelte tragen der Ausbau von erneuerbaren Energien und Speichertechnologien wesentlich zur Stabilisierung der Strompreise, zur Steigerung der Versorgungssicherheit und zur Umsetzung einer wirtschaftsorientierten Energiewende bei. Der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien sollte daher zentrales Element sein. Die Schaffung von Akzeptanz für die Energiewende muss weiterhin Thema im gesellschaftlichen Diskurs bleiben.

Kooperationen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik stärken Europa als Stahlstandort

Die derzeitigen globalen Veränderungen und Herausforderungen – Klimakrise, kriegerische Konflikte, handelspolitische Auseinandersetzungen – belasten die europäische und somit auch die sächsische Stahlindustrie. Gleichzeitig eröffnen sich für die Branche Chancen, die es bestmöglich und zielgerichtet zu unterstützen gilt, beispielsweise durch:

- Stärkung inländischer und europäischer Lieferketten durch effektive Außenhandelsschutzmaßnahmen

Die sächsische Stahlindustrie ist leistungsstark und deckt mit ihrem breiten Produktportfolio die künftigen Investitionsfelder Net-Zero-Technologien, Infrastruktur und sicherheitsrelevante Sektoren ab. Um innereuropäische Wertschöpfungsnetze und die technologische Unabhängigkeit in diesen sensiblen Sektoren zu sichern, ist neben der Berücksichtigung der Grundstoffindustrien als Ausgang zahlreicher Wertschöpfungsketten vor allem ein effektiver Handelsschutz (z. B. wirksame Begrenzung der Importe auf ein für die Unternehmen tragfähiges Niveau durch ein WTO-konformes Zollkontingentsystem) und Carbon-Leakage-Schutz für die Stahlindustrie notwendig. Dazu gehören neben der dringenden Schließung bestehender Lücken beim CO₂-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) und pragmatische DRI-EAF-CBAM-Benchmarks auch wirksame Maßnahmen gegen Umgehungsstrategien (wie z. B. Ressource Shuffling, Erweiterung des Produktumfangs auf nachgelagerte Teile der Wertschöpfungskette, Einbeziehung von Exporten). Zudem braucht es zielgerichtete „Local-Content“-Maßnahmen innerhalb der anstehenden Gesetzgebungsvorhaben zum Vergaberecht und zum Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität.

- Effiziente Verwaltung und schnelle Genehmigungsprozesse

Die sächsische Stahlindustrie ist mit ihren Elektrostahlwerken Vorreiter bei der Transformation hin zur Klimaneutralität. Um diese Vorleistungen nicht zu gefährden, müssen bei der Diskussion um Umweltauflagen, Grenzwerte und Berichtspflichten auch die wirtschaftliche Perspektive und die Belastung im Umbauprozess Berücksichtigung finden. Sachsen setzt sich für schnelle, praxistaugliche und unbürokratische Genehmigungsverfahren ein. Auf Landesebene untersucht die Staatsregierung Möglichkeiten für Bürokratieabbau, Prozessverbesserungen und weitere Digitalisierungsoptionen.

- Die Positionierung von Sachsen als Modellregion für eine nachhaltige Stahlproduktion

Durch gezielte politische Unterstützung und emissionsarme Zukunftsmärkte kann Sachsen seine Bedeutung als emissionsarmer Stahlproduktionsstandort ausbauen und damit auch neue Investitionen und Fachkräfte gewinnen. Um den Transfer von CO₂-armen Technologien in die sächsische (Elektro-)Stahlindustrie zu beschleunigen, fördert die Sächsische Staatsregierung Innovationsnetzwerke und Forschungsprojekte. Sachsen wird dies auch weiterhin tun. Zudem sieht der Freistaat Sachsen eine Notwendigkeit für Förderprogramme, die eine sozialverträgliche Transformation im industriellen Mittelstand vorantreiben. Der Freistaat strebt an, seine Fördermöglichkeiten für Innovation, Investition sowie Qualifizierung von Beschäftigten im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zukunftsorientiert und praxistauglich auszugestalten.

Freital, den 20. Oktober 2025

STAATSMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT
ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

